

Ekkehardt Freiherr Schenck zu Schweinsberg

Dr. Fuchs-Straße 5
61381 Friedrichsdorf/Taunus
10. Januar 2000

Tel. 06172-777993
Fax -777894

An den
Herrn sächsischen Ministerpräsidenten
Prof. Dr. Kurt Biedenkopf
Archiv-Straße 1
01097 Dresden
per Fax 0351/564-1199

DIESES FAX BESTEHT AUS VIER SEITEN !
=====

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident !

Wie ich aus der juristischen Fachzeitschrift "Betrifft JUSTIZ", Nr. 60, Dezember 1999, ersehe (S. 158 - 160), hat Ihr Parteifreund und sächsischer Justizminister Steffen Heitmann am 27.8.1999 auf dem "Rechtspolitischen Zukunftsforum" der CDU, in Abweichung vom vorbereiteten Redetext, nahezu wörtlich im Schlußwort ausgeführt:

"Ich bin der Meinung, daß man die ersten 50 Bände der amtlichen Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes aus allen juristischcn Bibliotheken entfernen und ihren Inhalt künftig nicht mehr beachten sollte. Was dort geschrieben steht, ist völlig überholt und paßt nicht mehr in unsere Zeit."


Das, was aus diesen Worten spricht, ist derselbe Geist unter dem bei den Nazis die Bücherverbrennungen erfolgten (und auch dieselben Maßnahmen, die er hier empfiehlt).

Diese Aufforderung Ihres Justizministers ist ein Skandal! Ich fordere Sie auf, seinen Rücktritt unverzüglich zu veranlassen.

Ich werde deshalb Strafantrag wegen verfassungsfeindlicher Verunglimpfung von Verfassungsorganen (§ 90b StGB), wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten (§ 111 StGB) und aus allen weiteren rechtlichen Gründen gegen Ihren Justizminister stellen.

Weiterhin hat Ihr Justizminister Heitmann, wie ebenfalls der oben genannten Quelle zu entnehmen ist, durch Versetzung einer Richterin, bzw. den Versuch dazu, es unternommen diese Richterin zu nötigen, weil sie offenbar Urteile gefällt hat, die ihm nicht gefallen, und die er auf einem legalen Wege anscheinend nicht in der Lage ist anzugreifen. Vor diesem Hintergrund werde ich noch zusätzlich Strafanzeige gegen Ihren Justizminister wegen Nötigung (§ 240 StGB) stellen.

Hochachtungsvoll



Anlage: Die Seiten 158 - 160 aus "Betrifft JUSTIZ" Nr. 60 - Dezember 1999.